

# Mit leisen Tönen Richtung Bundesrat

SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga beherrscht die «Klaviatur des Kompromisses»

BARBARA SPYCHER, Bern

**Sie gilt als Kronfavoritin für den frei werdenden SP-Bundesratssitz: Simonetta Sommaruga. Ein Risiko könnte ihre grosse Akzeptanz bei den Bürgerlichen sein – denn das Verhältnis der Berner Ständerätin zur eigenen Partei ist ambivalent.**

Sie ist zierlich, spricht leise und unaufgeregt, auch dann noch, wenn ihre Gegner längst toben und poltern vor Wut. Dennoch hat Simonetta Sommarugas Wort Gewicht. Ihre politischen Gegner zollen der 50-jährigen Berner SP-Ständerätin grossen Respekt, wissen, dass sich hinter ihrem höflichen, ja bürgerlichen Habitus eine äusserst hartnäckige und erfolgreiche Politikerin verbirgt. Bei öffentlichen Auftritten etwa heisst es bei ihren Gegnern: «Wenn du sie attackierst, stellst dich das Publikum auf ihre Seite.» Zwar ist Simonetta Sommaruga nie populistisch – aber höchst populär. Auch in der jüngsten Meinungsumfrage möchte sie eine deutliche Mehrheit der Befragten als Nachfolgerin von SP-Bundesrat Moritz Leuenberger im Bundesrat sehen.

**EXEKUTIVE.** Doch gewählt werden die Mitglieder der Landesregierung bekanntlich vom Parlament. Auch dort wird sie als Favoritin gehandelt – seit Jahren schon. Ihr Leistungsausweis ist unbestritten, ihre Fähigkeiten wären im Bundesrat gefragt: dossiersicher, zielstrebig, eine Vollblutpolitikerin, die über Parteigrenzen hinweg Kompromisse und Brücken schlagen kann. Sie politisiert seit elf Jahren in Bundesbern, zuerst im National-, jetzt im Ständerat, und hat acht Jahre in der Exekutive der 40 000-Einwohner-Gemeinde Köniz bei Bern mitgearbeitet. Und: Sie kommt aus dem zweitgrössten Kanton, der seit Samuel Schmid's Rücktritt im Bundesrat nicht mehr vertreten ist.

Für Bürgerliche ist sie wählbar – dank ihren Positionen im rechten Flügel der SP und «weil sie bereit ist, Kompromisse einzugehen, um Lösungen zu finden», wie die Aargauer FDP-Ständerätin Christine Egerszegi lobt. Auch Sommarugas Parteikollege und Baselbieter Ständerat Claude Janiak findet: «Die Klaviatur des Kompromisses – das Geben und Nehmen – beherrscht sie wie keine andere.» Dadurch erreiche sie in ihren Dossiers so viel wie wenige andere. Sie ist Vizepräsidentin der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie, engagiert sich in der Gesundheitspolitik etwa für Managed Care und macht sich in Wirtschafts- und Finanzfragen stark, auch im Zusammenhang mit der UBS-Rettung. Als Präsidentin der Stiftung für Konsumenten-



**Zielstrebig und dossiersicher.** Simonetta Sommaruga (50) gilt zurzeit als aussichtsreichste Kandidatin für die Nachfolge von Moritz Leuenberger.

tenschutz kämpft sie mit Vehemenz für die Rechte der Konsumenten – ein wichtiger Grund für ihre Bekanntheit und Beliebtheit im Volk.

**ERFOLG IM BAUERNKANTON.** Diese hat sich bei ihrer Wahl 2003 in den Ständerat eindrücklich manifestiert. Bis anhin hatten die Genossen es im Kanton Bern nie geschafft, den Bürgerlichen einen

der beiden Sitze im Stöckli abzuluchsen. Sommaruga aber überflügelte gar den bisherigen SVP-Ständerat, die FDP verlor ihren langjährigen Sitz. Denn die stille SP-Frau, die vor ihrem Einstieg in die Politik Konzertpianistin war, hatte selbst bei vielen Bauern im Kanton Bern Stimmen geholt. Der Berner BDP-Ständerat Werner Luginbühl glaubt: «Die Ernsthaftigkeit, mit der sie Politik be-

treibt, verschafft ihr eine hohe Glaubwürdigkeit.»

Unter anderem wegen ihrem Wahlerfolg im bürgerlichen Kanton Bern erachtet der Politologe Michael Hermann Sommaruga als Kronfavoritin für den SP-Bundesratssitz. Doch eben: «Kronfavoriten können auch stürzen.» Bis zur Wahl für die Nachfolge von Bundesrat Leuenberger dauert es noch fünf Monate. Da warten viele taktische Spielchen und Fettnäpfchen. Ungewiss ist zum Beispiel, ob die FDP-Nachfolge allenfalls vor der SP-Nachfolge gewählt wird. Sollte sich in der FDP eine Frau durchsetzen, dürften die Chancen für eine SP-Frau – die fünfte im siebenköpfigen Bundesrat – im männerdominierten Parlament markant sinken.

**WIDERWILLEN IN DER SP.** Doch, so Hermann: «Doris Leuthard hat vorgemacht, dass man es als langjährige Favoritin schaffen kann.» Einen Unterschied ortet Hermann aber darin, dass Leuthard als Parteipräsidentin stark in der Partei verankert war, Sommarugas Verhältnis zur Partei aber «ambivalent» sei. Simonetta Sommaruga hat sich 2001 mit dem «Gurten-Manifest» den Unmut vieler Sozialdemokraten eingebrockt. Darin forderte sie einen Rechtsruck der Partei, etwa mehr Eigenverantwortung in der Sozialpolitik, eine begrenzte Zuwanderung aus Drittstaaten und weniger Staat, was insbesondere im Gewerkschaftsflügel schlecht ankam.

Vergessen ist das Papier noch lange nicht: Die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen erinnert daran, es habe der SP «mehr geschadet als genutzt», und schlägt gleich eine andere Kandidatur aus Bern vor – die kantonale Baudirektorin Barbara Egger. Andere SP-Politiker und Beobachter attestieren allerdings, das Verhältnis zwischen Sommaruga und der Partei habe sich entspannt, seit sie im Ständerat politisierte und seit Christian Levrat Parteipräsident sei. Die grösste Gefahr für Sommaruga ortet Hermann darin, dass sie von den Bürgerlichen «umarmt und vereinnahmt wird». Das dürfte bei vielen Genossen den Widerstandsgeist anstacheln und könnte dazu führen, sie nicht als Kandidatin zu portieren.

Sommaruga selber hat sich derweil in die Ferien verabschiedet, nachdem sie ankündigte, sie werde mit der Kantonalpartei und ihrem Umfeld Gespräche über eine Kandidatur führen. «Am 1. August bin ich wieder zurück», tönt es von ihrem Anrufbeantworter. Es wäre eine grosse Überraschung, sollte sie sich dann gegen eine Bundesratskandidatur aussprechen.

## nachrichten

### Leuenberger-Rücktritt spaltet die FDP

**BERN.** Nach der Rücktrittsankündigung von Bundesrat Moritz Leuenberger ist die FDP uneins in der Frage, was für die Partei nun das Beste wäre. Parteipräsident Fulvio Pelli hat sich am Wochenende zwar gegen einen baldigen Rücktritt von Hans-Rudolf Merz ausgesprochen, doch seine Worte werden nicht von allen FDP-Vertretern für bare Münze genommen. Der Parteipräsident versuche, den Druck von Merz wegzunehmen, sagte gestern etwa FDP-Ständerätin Christine Egerszegi, und betonte: «Die Gelegenheit für Merz wäre jetzt gut.» SDA

### Referendum gegen Managed Care

**LUZERN.** Ein Referendum gegen die kürzlich vom Nationalrat beschlossene Managed-Care-Vorlage war allgemein erwartet worden. Jetzt macht die Ärztevereinigung Pulsus den ersten Schritt und sammelt mit fünf weiteren Organisationen Unterschriften, wie sie gestern mitteilte. Kritisiert wird, dass die Vorlage Druck auf die Versicherten ausübe und die Arztwahl einschränke. Geht es nach dem Nationalrat, soll der heutige Selbstbehalt von zehn Prozent nur noch für jene gelten, die einem Ärztenetzwerk beitreten. Der Ständerat hat die Vorlage noch nicht beraten. SDA



Foto Roland Schmid

### Sanierungsreife Kantonsstrassen

**BERN.** Eine Studie des Verbandes Infrastruktur Strasse zeigt, dass die Kantone sehr unterschiedliche Summen für den Erhalt der kantonseigenen Strassen ausgeben. Zwar sei der Zustand der Schweizer Strassen grundsätzlich gut, hält die gestern veröffentlichte Untersuchung fest. Dennoch müssten 17 Kantone mehr Geld für den Unterhalt ausgeben, finden die Strassenbauer. Rund zehn Prozent der Kantonsstrassen hätten gar «akut» eine Sanierung nötig – das entspricht etwa 1700 Kilometern. Besonders im Wallis, Tessin, Fribourg, Jura, Appenzell Ausserrhodens und Obwalden habe es viele sanierungsbedürftige Strassen. Weitere fast 20 Prozent Kantonsstrassen müssten mittelfristig saniert werden. SDA

# Das Wallis gibt Rappaz in Obhut der Berner Ärzte

Genfer Unispital hätte den Walliser Hanfbauern sterben lassen – Regierungsrätin revidiert ihre Position

DENISE LACHAT, Lausanne

**Bernard Rappaz soll nicht an den Folgen seines Hungerstreiks sterben. Mit dem Entscheid zur Verlegung des verurteilten Hanfbauern ins Berner Insepsital ist die Walliser Justizdirektorin von ihrer harten Position abgerückt.**

Im Mai standen sie sich noch unversöhnlich gegenüber. Hier der Walliser Hanfbauer, den die Justiz wegen schweren Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und acht Monaten verurteilt hat. Dort die Walliser SP-Regierungsrätin Esther Waeber-Kalbermatten, die sagte, sie lasse sich durch Rappaz' Hungerstreik nicht erpressen: Falls Bernard Rappaz sich zu Tode hungern wolle, lasse sie ihn sterben. So weit lässt es die ChefIn des Departements für Sicherheit, Sozialwesen und Integration (DSSI) nun aber doch nicht kommen. Nachdem Rappaz mit Ausnahme eines

Haftunterbruchs von zwei Wochen während insgesamt hundert Tagen nicht gegessen hatte, entschied Waeber gestern, den geschwächten Häftling vom Genfer Unispital ins Berner Insepsital verlegen zu lassen. Der Grund: Die Berner hatten bereits dem hungerstreikenden Zürcher Häftling René Osterwalder Notfallmassnahmen gewährt, in Genf aber hatten die Ärzte von Anfang an klargemacht, dass sie Rappaz auch im Notfall keine lebenserhaltenden Massnahmen zukommen lassen würden.

**VAGER STERBEWILLE.** Höher als die persönliche Freiheit des Patienten Rappaz, der ärztliche Hilfe ablehnt, gewichtet die SP-Politikerin jetzt die Fürsorgepflicht des Staates – der Staat muss dafür sorgen, dass kein Häftling im Strafvollzug stirbt. Waeber begründet ihren Positionswechsel so: Rappaz habe zwar schriftliche Weisung



**Trotzig.** Hanfbauer Bernard Rappaz im letzten März. Foto Key

erlassen, dass er lebenserhaltende Massnahmen ablehne auch für den Fall, dass er ins Koma falle. Doch so klar sei sein Sterbewille nicht, denn er habe inzwischen gegenüber Journalisten bestätigt, dass er weiterleben möchte, falls der Staat ein Entgegenkommen zeige. «Er hungert nicht, um zu sterben. Er hungert, um gegen

einen Entscheid der Justiz zu protestieren.» Ob sich Rappaz auch gegenüber der Regierungsrätin so äusserte, als sie ihn besuchte, lässt Waeber unter Hinweis auf den Persönlichkeitsschutz unbeantwortet.

Rappaz' Anwalt äusserte sich auf Anfrage skeptisch zur Verlegung seines Klienten. Die einzige Massnahme, die ihn

vor dem Sterben retten könne, sei ein Haftunterbruch. Nur dann würde er wieder essen. Eine Zwangsernährung komme auch in Bern nicht infrage.

**BALL BEIM PARLAMENT.** Der Entscheid zur Verlegung Rappaz' ändert allerdings nichts an Waebers Weigerung, Rappaz einen zweiten Haftunterbruch zu gewähren – es gehe nicht an, dass er mit seinem Hungerstreik eine Rechtsungleichheit erzwingt.

Das Strafmass der Justiz abändern könnte höchstens das Walliser Kantonsparlament, dem ein Begnadigungsgesuch vorliegt. Ob die Parlamentarier Rappaz' Haftstrafe reduzieren oder ihm deren Verbüssung zu Hause mit einer elektronischen Fussfessel gewähren, entscheidet sich frühestens Mitte September – und ihre Gnade ist sehr unsicher, denn bisher äusserte sich auch die SP ablehnend zu diesem Gesuch.

### Zürich verschärft sein Sozialhilfegesetz

**ZÜRICH.** Die Bekämpfung von Sozialhilfemissbräuchen im Kanton Zürich wird massiv verschärft. Der Kantonsrat hat gestern eine entsprechende Änderung des Sozialhilfegesetzes mit 140 gegen zwei Stimmen bei 19 Enthaltungen gutgeheissen. Kernpunkt der Revision ist die Verbesserung des Informationsaustausches zwischen allen involvierten Amtsstellen. SDA

### Sexuell übertragbare Krankheiten nehmen zu

**BERN.** Sexuell übertragbare Krankheiten sind in der Schweiz im Vormarsch, teilt das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit: Im laufenden Jahr sei eine Zunahme um einen Drittel gegenüber dem Vorjahr bei Krankheiten wie Syphilis oder Gonorrhoe festgestellt worden. Jetzt denkt der Bund über eine Präventionsstrategie nach. Die Schweiz sei beim Anstieg der Geschlechtskrankheiten aber kein Einzelfall, so das BAG. SDA